

Horst Denzer

Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik

Ursachen und „Bewältigung“

Der Rechtsradikalismus war in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung nie recht ins volle Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit getreten; so sehr, daß die westlichen Großmächte, trotz eines tief verwurzelten Mißtrauens gegen die Deutschen, in der Bundesrepublik den Musterschüler ihrer Reeducation-Politik sahen. Wohl gab es wie auf der äußersten Linken auch auf Rechtsaußen einige Gruppen, die aber nicht als politische Kraft, vielmehr als der bröckelnde Rand am Plateau der Zustimmung zum konkreten Staat angesehen werden konnten. Durch die dauernden Neugründungen, Zusammenschlüsse, Spaltungen und Auflösungen von der Deutschen Rechtspartei über die Sozialistische Reichspartei bis zur Deutschen Reichspartei hatte die Rechte selbst ihre politische Existenzberechtigung und Reputation untergraben.

Allerdings bot auch die politische Konstellation in der Bundesrepublik dem Rechtsradikalismus keine Chance, sich im politischen Terrain zu etablieren und organisatorisch zu festigen. Die CDU hatte in der Ära Adenauer den politischen Spielraum zwischen ihrer Politik und der Verfassungsfeindlichkeit so eingeengt, daß er unter dem Existenzminimum einer politischen Partei blieb. Potentielle rechtsradikale Kreise hatte die Regierungspartei an sich zu binden verstanden. Sie konnte eine blühende Wirtschaft und den wachsenden Wohlstand aller Bürger als ihre Leistung ausgeben und damit die Zahl der Unzufriedenen in der Gesellschaft minimalisieren. Der fest zupackende und zugleich autokratische Regierungsstil Adenauers entsprach der in der rechtsorientierten Bevölkerung vorherrschenden Neigung zum problemlosen Geführtwerden und zum Enthobensein von Eigenaktivität: die Erfolge der Regierung schienen ein unkritisches Vertrauen zu rechtfertigen. Schließlich hatte sich die Regierung Adenauer in der Deutschlandpolitik die nationalen Forderungen weitgehend zu eigen gemacht. Und sie gab vor, durch den Zusammenschluß Europas und die Bündnispolitik im Nordatlantikpakt die Verwirklichung der nationalen Ziele erzwingen zu können. Sie trieb supranationale Politik in nationaler Absicht.

1966 hatte sich die politische Lage geändert. Neue Anstöße in der Deutschlandpolitik¹ und der Ostpolitik² hatten der Bevölkerung einerseits die gewaltigen Hinder-

¹ Passierscheingespräche, Redneraustausch, Gesamtdeutscher Briefwechsel.

² Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands, Nichtigerklärung des Münchener Abkommens, Errichtung von Handelsmissionen im Ostblock, Bemühungen um diplomatische Beziehungen, Botschafteraustausch mit Rumänien.

nisse aufgezeigt, die der Erreichung der nationalen Ziele entgegenstehen; andererseits hatte die Regierung nichts zum Abbau der nationalen Wunschvorstellungen getan. Die Folge der wachsenden Diskrepanz von Forderung und Verwirklichung war der lauter werdende Ruf nach nationalem Selbstbewußtsein, der innerhalb des Parteienestablishments nicht aufgefangen werden konnte. Hinzu kam die ganz offen zutage tretende Führungskrise, die im Rücktritt der Regierung Erhard gipfelte. Das enttäuschte Vertrauen des Wählers in die Regierung konnte leicht in eine Zuwendung zum Rechtsradikalismus umschlagen, der ja schon immer die starke, ordnende Hand gefordert hatte und mit zugkräftigen Versprechungen aufwarten konnte. Schließlich gab es in der Wirtschaft einen schnellen Rückgang von der Hochkonjunktur zu einer Stagnation, die als Rezession bewußt wurde. Die ökonomische Rezession verbunden mit der Statusgefährdung und dem Gefühl akuter sozialer Bedrohung war schon immer das entscheidende auslösende Moment dafür, daß potentiell vorhandene rechtsradikale Tendenzen in der Gesellschaft offen zutage treten. Erst in sozialen Krisenlagen lassen sich autoritäre Denkweisen zu politischen Bewegungen ballen³.

Der Aufstieg der NPD in dieser gewandelten politischen Situation macht deutlich, daß es in der Bundesrepublik schon vorher Anfälligkeit für rechtsradikale Bewegungen gab und daß vor allem in einer nicht unerheblichen Schicht der Bevölkerung autoritäre und faschistische Denkweisen beheimatet sind, die das potentielle Reservoir für den organisierten Rechtsradikalismus darstellen. Tabuisierung und Verdikt des Nationalsozialismus und die Konzentration aller Kräfte auf den Aufbau von Staat und Wirtschaft in den Gründerjahren der Bundesrepublik hatten diese Tatsache nur überdeckt. Die demoskopisch errechneten fünfzehn Prozent potentieller NPD-Anhänger sind nicht plötzlich mit der NPD entstanden, sondern weisen auf mehr oder weniger autoritär denkende Bevölkerungsteile hin. Bei fünfzehn Prozent der Gesamtbevölkerung ist dieses Denken anscheinend so zentral, daß sie bei der entsprechenden politischen Lage bereit sind, danach ihre politischen Repräsentanten auszuwählen.

Wie sehr autoritäre Strukturen und Denkweisen in der Gesellschaft verbreitet sind, zeigt besonders signifikant die Art der Auseinandersetzung mit der NPD. Ein Großteil der Kommentare, Reden, Rundfunksendungen und Publikationen⁴ wollte am liebsten das Problem der NPD aus der Welt schaffen, ohne nach ihren tieferen Ursachen in der Gesellschaftsstruktur zu fragen. Bekämpfung und Diffamierung der NPD, die

³ Vgl. Reinhard Kühnl, *Die NPD* (Berlin 1967) 173, 23.

⁴ Hier werden vor allem folgende Publikationen herangezogen, deren kritischer Besprechung dieser Aufsatz auch dienen soll: Rechtsradikalismus. Hrsg. von Iring Fetscher. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1967. 253 S. (Sammlung „res novae“. 53.) Kart. 14,80; Kurt Hirsch, *Kommen die Nazis wieder? Gefahren für die Bundesrepublik*. München: Desch 1967. 199 S. Kart. 9,80; Reinhard Kühnl, *Die NPD. Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei*. Berlin: Voltaire Verl. 1967. VII, 260 S. Brosch. 11,80; Hans Maier, *Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“*. München: Piper 1967. 48 S. Brosch. 3,80; Fred H. Richards, *Die NPD. Alternative oder Wiederkehr?* München: Olzog 1967. 160 S. (Geschichte und Staat. 121.) Kart. 2,90; Werner Smoydzin, *NPD. Geschichte und Umwelt einer Partei. Analyse und Kritik*. Pfaffenhofen: Ilmgau Verl. 1967. 281 S. (Das Dokument. 3.) Paperback 10,80.

sogar mit autoritären Mitteln und unter Mißachtung demokratischer Grundsätze (man denke nur an die Sperrung der Versammlungsräume) arbeitete, zeigt, daß sie gar nicht primär auf das rechtsradikale und nationalistische Gedankengut oder die eventuelle Verfassungsfeindlichkeit der NPD⁵ zielt, sondern nur die Störung beseitigen will, die der NPD-Erfolg für die Ruhe und Saturiertheit der Gesellschaft brachte. Die Kritik kommt nicht zuerst aus demokratischem Bewußtsein, sondern aus Sicherheitsstreben und Prosperitätsdenken. Man fürchtete um Deutschlands Ruf in der Welt, um die Exportchancen der Wirtschaft und um den innerstaatlichen Frieden. Die Reaktion auf den NPD-Erfolg war die einer Gesellschaft mit schlechtem Gewissen: eine echte Auseinandersetzung mit seinen Ursachen hätte offenbart, daß sie in der Mentalität, den Denkgewohnheiten und dem Bewußtseinszustand der Gesellschaft selbst liegen.

Die „Bewältigung“ der NPD wurde damit teilweise – weit davon entfernt, die Gefährlichkeit des in der NPD sichtbar gewordenen rechtsradikalen und autoritären Denkens aufzuzeigen und zu bekämpfen – selbst zum Beweis für die Verbreitung des potentiellen Rechtsradikalismus, weil sie ängstlich jede Gesellschaftskritik vermied und die Ursachen des Rechtsradikalismus, die eine echte Analyse des Phänomens NPD aufzeigen könnte, nicht sehen wollte.

Die „Bewältigung“ der NPD

Das Schema dieser Art der „Bewältigung“ der NPD ist bei aller Verschiedenheit der Argumentation im einzelnen überall das gleiche. Die NPD wird in ihrer Struktur und ihren Mitgliedern als Neuauflage alter verfassungswidriger Rechtsparteien, als Nachfolgeorganisation der NSDAP oder als Obstrukteur der demokratischen Ordnung „entlarvt“. Innerhalb unserer „demokratischen Gesellschaft“ habe sie keine Existenzberechtigung. Folglich müsse sie, mit welchen Mitteln auch immer, beseitigt werden. Mit den Angriffen gegen die NPD geht also eine Reinwaschung der „demokratischen Gesellschaft“ einher. Daraus ergeben sich die drei Spielarten dieser Art der Auseinandersetzung mit der NPD: 1. die Theorie der Kontinuität des Rechtsradikalismus, 2. die Gleichsetzung der NPD mit der NSDAP, 3. die Qualifizierung ihres Bekenntnisses zur Demokratie als Tarnung.

1. Die Kontinuitätstheorie⁶ hebt die Kontinuität der Führung und des Funktionsapparats in allen bisherigen rechtsradikalen Gruppierungen der Bundesrepublik hervor und weist auf ihre engen Verbindungen zu den durch die Unmenschlichkeit des Dritten

⁵ Dazu hätte es einer wirklichen Untersuchung der Ursachen des Rechtsradikalismus einschließlich der notwendigen Gesellschaftskritik bedurft, wie sie nur Kühnl und Fetscher geleistet haben. Über die NPD allein ist das Buch von Kühnl die derzeit beste Untersuchung.

⁶ Spielt vor allem bei Smoydzin eine Rolle, einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, bei dem das Berufsethos der Bekämpfung von Kommunismus und Rechtsradikalismus und die kritiklose Akzeptierung der bestehenden Ordnung Hand in Hand gehen.

Reichs nicht bekehrten Nationalsozialisten, den „ewig Unverbesserlichen“, hin. Da die Verfassungsfeindlichkeit früherer rechtsradikaler Gruppen evident ist (Verbot der SRP durch das Bundesverfassungsgericht, Verbot des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der DRP), könne auch die NPD nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Diese These wird durch seltsame Argumente gestützt; die Rechtsradikalen werden als „Sendungsbewußte“ dargestellt, die sich auch durch Rückschläge in der Realität nicht von ihrem Glaubensbekenntnis abbringen lassen; das Staatsbild der DRP sei eine „Reinkarnation des totalen Staates“⁷ und die NPD habe es übernommen, sei sie doch die Gründung der DRP-Kerntruppe, die nur durch Bemäntelung (Landesvorsitzende nicht aus der DRP, pragmatische Politik) aus der braunen Ecke der Einflußlosigkeit herauskommen wolle. Der tiefere Grund für diese These liegt in der angewandten Schwarz-Weiß-Schablone, die ganz entsprechend einem emotionalen Antikommunismus freiheitlich-demokratische Grundordnung und Rechtsradikalismus gegenüberstellt, dabei aber weder die Inhalte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung⁸ noch das Wesen des Rechtsradikalismus beschreiben kann. Der Demokratiebegriff bleibt im rein Formalen stecken: demokratisch ist, wer sich an die Normen und Spielregeln der bestehenden Ordnung hält⁹. Dadurch wird jede Gesellschaftskritik unmöglich.

2. Noch einfacher machen es sich jene, die die NPD als eine Neuauflage der NSDAP mit dem Verdammungsurteil belegen und damit jeder wirklichen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen¹⁰. Alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder werden auf den Leisten „alte unverbesserliche Nazis“ geschlagen, ohne einen möglichen Gesinnungswandel zu erwägen oder zuzulassen. Die Biographien der Führer der Rechten werden nur nach der NS-Vergangenheit durchsucht; alle von nazistischen Gedanken (oder solcher, die vom Nationalsozialismus mißbraucht wurden!) angekränkelten Organisationen werden in Bausch und Bogen als Nachfolgeorganisationen der NSDAP angesehen. Mit Vergnügen weist man der NPD die Kumulierung alter NSDAP-Mitglieder in der Führung (beim Bundesvorstand zwei Drittel, bei den Landesvorständen 43 %, bei den Mitgliedern 20 %) nach. Der „alten Nazis“ in den anderen Parteien wird dabei ebenso wenig gedacht wie des normalen Phänomens, daß, je weiter rechts eine Partei steht, desto größer der Anteil der Nationalsozialisten natürlich ist. Die Versuche der NPD, allzu starke nazistische Unterwanderung durch Parteiausschlüsse und Beeinflussung der Mitglieder zu verhindern, werden als Tarnung abqualifiziert¹¹. Gewiß fördert diese

⁷ Smoydzin 52, 173 ff., 101.

⁸ Ebd. 36 ff.

⁹ Kühnl (a.a.O. 84) weist mit Recht darauf hin, daß in einem formalen Demokratiebegriff strukturell schon Faschismus angelegt sein kann.

¹⁰ Ansätze dazu sind in dem etwas hausbackenen, aber sehr informationsreichen Buch von Smoydzin vorhanden, penetrant wird diese Sicht erst in dem mit einem unerträglichen, fast pathologischen Fanatismus geschriebenen Buch von Hirsch.

¹¹ Bemerkenswert, daß die NPD im Gegensatz zur SRP nicht auf die Werbung alter NS-Mitglieder erpicht ist, sondern nur als Sammelpartei der Rechten sie *auch* erfassen möchte.

These auch rechtsradikale Tendenzen in den bürgerlichen Parteien zutage und hat den richtigen Ansatz, die Gründe für den Erfolg der NPD in der Anfälligkeit der Gesellschaft für rechtsradikales Denken zu suchen¹². Doch mit der unkritischen Gleichsetzung von rechtsradikalen Tendenzen und nationalsozialistischem Gedankengut bringt sie sich um eine differenzierte Analyse¹³.

3. Den Nerv der NPD trifft die Unterstellung, ihr Bekenntnis zur Demokratie sei nur Tarnung, in Wahrheit sei ihr Ziel auf den Umsturz der demokratischen Ordnung gerichtet, und sie wolle wie die NSDAP nur mit demokratischen Mitteln zur Macht kommen. Auch entspreche ihre innerparteiliche Organisation sowohl der Satzung als auch dem faktischen Führungsstil nach nicht den von Art. 21 I 3 GG geforderten demokratischen Grundsätzen. Es ist kein Wunder, wenn die Parteiführer auf diese Vorwürfe am heftigsten reagieren; implizieren sie doch, mehr oder weniger deutlich ausgesprochen, die Forderung nach dem Parteiverbot. Diese These stützt sich auf die Analyse der programmatischen Äußerungen der Partei („Manifest“, „Grundsätze unserer Politik“, Rede Prof. Anrichs auf dem Karlsruher Parteitag). Es gibt zwei Möglichkeiten der Argumentation: Programmsätze und Legalitätsbeteuerungen der NPD werden unkritisch neben solche Hitlers und der NSDAP vor der Machtergreifung gestellt; aus der Ähnlichkeit wird gefolgert, die NPD unterscheide sich in Zielen und Taktik nicht von den Nationalsozialisten (Hirsch); oder man stellt fest: wenn man die Forderungen des NPD-Programms „folgerichtig“ in die Zukunft weiterdenkt, kann am Ende nur der Umsturz der gegenwärtigen demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik stehen (Smoydzin). Beide machen aber den Fehler, daß sie der NPD a priori unterstellen, ihr Programm entgegen den parteieigenen Äußerungen letztlich nicht auf dem Boden des Bonner Grundgesetzes verwirklichen zu wollen.

Freilich, wenn man Programmsätze wie Überordnung der Gemeinschaft über den einzelnen, die Forderung nach einer Nationaldemokratie, die Stärkung der Staatsgewalt, plebiszitär-demokratische Umgestaltung der Verfassung, Forderung der Rückgabe der Ostgebiete (einschließlich des Sudetenlandes!) u. ä. hört, kann man zweifeln, ob sich die NPD auf den Boden der Verfassung stellt. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß jedes reaktionäre Parteiprogramm notwendig einen status quo ante fordern muß. Es ist für eine Partei rechts der CDU gar nicht anders denkbar, als daß sie mindestens partiell eine Umgestaltung der Verfassung beabsichtigt. Daß die Verfassung nicht tabu ist, ist freilich nicht spezifisch für die NPD, sondern dem rechten Denken überhaupt eigen, wie Iring Fetscher einleuchtend am Beispiel Mohlers zeigt¹⁴. Noch verbreiteter ist in der Bundesrepublik der Revisionismus in der Außenpolitik; man denke nur an die nationalistischen Töne bei nicht wenigen Politikern und in der

¹² Hirsch 159.

¹³ Die Gleichsetzung geht bei Hirsch bis an die Grenze der Beleidigung. Gegen die unkritische Gleichsetzung: Fetscher 7, Maier 21.

¹⁴ A.a.O. 22 f.

Springer-Presse, von der Vertriebenenpresse ganz zu schweigen¹⁵, die sich gar nicht selten für die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 einsetzen und die Folgen des Krieges nicht anerkennen wollen.

Sind revisionistische Tendenzen für die NPD nicht spezifisch, so haben die etablierten Parteien ebensowenig die richtige Demokratie gepachtet. Gerd Schäfer hat gezeigt¹⁶, daß, ähnlich wie Max Weber wegen seines liberalen Ansatzes und der Furcht vor der Bürokratisierung des modernen Staates die „plebiszitäre Führer-Demokratie“ gefordert hat, viele rechtsradikale Kräfte, gerade wegen ihrer liberalen Ideale die bestehende Massendemokratie ablehnen, da ihr sozialstaatlicher Charakter die echte freiheitliche Demokratie verhindere und zerstöre. Mit Recht sieht Schäfer in der „Verbreitung scheinbar demokratischer und liberaler Forderungen durch Rechtsradikale, verglichen mit der Zwischenkriegszeit, ein Novum“. Es ist deshalb, sieht man von den alten Nationalsozialisten ab, sehr fragwürdig, der NPD zu unterstellen, sie nähme es „mit ihrem Bekenntnis zur freiheitlichen Ordnung durchaus weniger ernst, als es gang und gäbe ist. Der überwiegende Teil hält sich voller subjektiver Ehrlichkeit mitnichten für antidemokratisch oder faschistisch“¹⁷. Zumindest muß man die Möglichkeit erwägen, daß die NPD sich in ihren Zielen und ihrer Organisation dem Demokratieverständnis der etablierten Parteien (das ja mitunter auch nicht das beste ist) „anpaßt“, wie es auch Paul Lücke konstatiert.

Vieles spricht dafür, daß die NPD, je mehr sie in die Verantwortung am Staat hineinwächst, desto besser die von ihm geforderten Normen internalisiert. Die Landtagsabgeordneten der NPD beteiligen sich nach anfänglichen spektakulären Anträgen, etwa zur Abschaffung der Diäten, loyal an der praktischen Arbeit des Landtags; deshalb ist es auch recht still um sie geworden. Und Wilhelm Gutmann verkündete sogar, wenn die NPD bei den nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg die 5-Prozent-Hürde überspringe, erstrebe sie die Beteiligung an der Regierungsverantwortung. Erstrebt die NPD von sich aus diese Assimilierung nicht, so sollte man so viel Vertrauen zur Abwehrkraft der Demokratie haben¹⁸, daß sie der NPD einen anderen Weg gar nicht gestattet.

Neben dem Bekenntnis zur Demokratie werden auch häufig die demokratischen Grundsätze der innerparteilichen Organisation angezweifelt. So kommt Hans Maier zu dem gewagten Schluß, daß in der Satzung „ein diktatorähnlicher Zentralismus die spärlichen Ansätze demokratischer Organisation überwuchert hat“¹⁹. Ein Vergleich mit den Statuten anderer Parteien zeigt jedoch, daß in der Satzung der NPD kaum etwas steht, was nicht in einer Satzung der etablierten Parteien vorgebildet ist – oder

¹⁵ Dazu der Beitrag von Edgar Weick in: Fetscher 95–124.

¹⁶ In: Fetscher 75.

¹⁷ A.a.O. 75, 85.

¹⁸ Das müßte man haben, wenn man Rechtsradikalismus nur in der NPD sieht, andernfalls müßte man sich für eine Demokratisierung der Gesellschaft und nicht für eine Unterdrückung der NPD einsetzen.

¹⁹ A.a.O. 16. Ansonsten ist die Broschüre des Münchner Ordinarius für Politische Wissenschaft eine brillant geschriebene Untersuchung.

wenigstens vorgebildet war, bis das Parteiengesetz einige Modifikationen erzwang, besonders in der Frage der Kooptation und der ex-officio-Mitgliedschaft in der Parteilührung. Auf Grund der Satzung allein kann der Nachweis der antidemokratischen Struktur der NPD nicht erbracht werden.

Dies Fazit ist allerdings weit davon entfernt, der NPD zur demokratischen Legitimation zu dienen; kann man doch mit Recht die Kumulierung autoritärer Elemente in der NPD für gefährlich erachten. Doch sollte man daraus zweierlei folgern: Einmal ist auch in den demokratischen Parteien die konsequente Tilgung autoritärer Strukturen nicht selbstverständlich; erst ein Parteiengesetz schaffte weitgehend Abhilfe – ein beredtes Zeichen dafür, in welcher Breite autoritäre Denkweisen in der ganzen Gesellschaft verbreitet sind. Wie bei einem Eisberg wird dabei häufig nur der exponierte Teil – in unserem Fall die radikale Position der NPD – gesehen, nicht aber der viel größere und gefährlichere unsichtbare Teil. Zum ändern muß sich die demokratische Glaubwürdigkeit der NPD im konkreten Einsatz für die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Gemeinwesens erweisen; die Einhaltung der formal-demokratischen Spielregeln ist dafür nur sekundär.

Wurzeln des Rechtsradikalismus

Polemik und Diskriminierung sind nicht der richtige Weg des Nachdenkens über das Problem NPD. Wenn man in den Wahlerfolgen der NPD einen Seismographen für übersehene unterirdische Verschiebungen im politischen Bewußtsein der Deutschen sieht, kann man diese Reaktion mit dem „Wüten gegen das Registriergerät“ (Fetscher) vergleichen. In Wirklichkeit sollte der heftige Ausschlag dieses Erdbebenanzeigers zu einer Untersuchung über Gründe, Motive, Ursachen des Bebens führen²⁰. Die NPD verstand nämlich nur, ein in der Gesellschaft schon vorhandenes Wählerpotential zu aktivieren. Gefährlich sind deshalb „weniger die rechtsradikalen Einzelgänger . . .“, noch nicht einmal die Organisation der äußersten Rechten in der NPD. Gefährlich ist vielmehr die Existenz eines antidemokratischen und antiliberalen Potentials in einigen Teilen der Bevölkerung“²¹.

Nahezu alles, was die NPD vertritt, kann man auch in den Vorstellungen der Gesellschaft antreffen, und es wird folglich schwierig, rechtes und rechtsradikales Denken nach den vorherrschenden Vorstellungen und Topoi zu trennen. Diese in der Bundesrepublik den Rechtsradikalismus begünstigenden Vorstellungen sind 1. die in letzter Zeit verstärkte Forderung nach Verwirklichung nationaler Ziele und nach einem nationalen Bewußtsein, 2. ein dogmatischer Antikommunismus, 3. die Furcht vor gesellschaftlicher Innovation, vor allem vor Nivellierung und Demokratisierung, wegen

²⁰ Das impliziert eine gesellschaftskritische Untersuchung, die nur bei Fetscher und Kühnl geleistet wird. Auch die Berichte des Bundesinnenministers über den Rechtsradikalismus leisten das nicht.

²¹ Fetscher 27.

latenter Statusgefährdung bei bestimmten Bevölkerungsschichten, 4. die Ablehnung des Interessenpluralismus und der Ruf nach einer „formierten Gesellschaft“ und 5. das Verlangen nach einer starken Staatsmacht, die den Wunsch problemlosen Geführtwerdens und integrierter Geborgenheit erfüllt.

1. Die Ansatzpunkte nationaler Leidenschaften sind vielfältiger Natur. Die Übersteigerung des Nationalismus im Dritten Reich hatte in der Nachkriegszeit jede nationale Regung tabuisiert. Durch die Integrierung der Bundesrepublik in die westliche Welt und durch den kometenhaften wirtschaftlichen Aufstieg wurden die Grundlagen für ein neues Nationalgefühl geschaffen. Daß es jetzt nach dem Erhardschen Fanal „Die Nachkriegszeit ist zu Ende“, das von der Rechten freudig begrüßt wurde, politisch virulent wurde, liegt daran, daß die Regierung in 20 Jahren die Diskrepanz zwischen nationalen Forderungen und Erfüllungen weder durch entsprechende politische Erfolge noch durch Abbau der Forderungen verringerte, eher noch vergrößerte. Bei einem Teil der Bevölkerung wird zwischen unserer mindestens wirtschaftlichen und militärischen Stärke einerseits und den Sühneanstrengungen, etwa in den Kriegsverbrecherprozessen und Wiedergutmachungszahlungen, und einer die vom Dritten Reich herrührenden Ressentiments beachtenden vorsichtigen Politik andererseits ein unerträgliches Mißverhältnis gesehen. Es ist die Rede von der notwendigen Gewinnung eines „nationalen Selbstbewußtseins“, und der fordernde Slogan „Wir sind wieder wer“ macht die Runde. Richtig daran ist, daß kein Volk, wie es Hans Maier treffend ausdrückt, „seinen politischen Aschermittwoch ohne Not ungebührlich lange“ ausdehnen soll. Aber andererseits ist es evident: nichts würde unserem Land mehr schaden als ein nationaler Isolationismus. Einen Vorgeschmack davon haben wir im mit ungleich günstigeren Bedingungen dazu versehenen Frankreich de Gaulles.

Ferner ist unser nationales Problem erster Ordnung, die Überwindung der Teilung Deutschlands, heute einer Lösung ferner denn je. In früheren Jahren konnte die begeisterte Europabewegung das Fehlen nationaler Erfolge kompensieren. Seit die Entwicklung der europäischen Gemeinschaften aber aus dem Elan der Gründerjahre in die Periode des zähen Aushandels von Interessen übergegangen ist, zudem mit de Gaulles „Europa der Vaterländer“ auch hier nationale Töne an Bedeutung gewonnen haben, fällt die Europaidee als Alternative zu den Gefühlswerten nationalen Selbstbewußtseins aus. Das führte in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zu einer Intensivierung der Deutschlandpolitik, aber auch zur Propagierung nationaler Forderungen und Wunschvorstellungen. Nun erweckt gerade die unrealistische offizielle Deutschlandpolitik irrealer Hoffnungen und Wunschvorstellungen, die nicht mehr von der Regierung erfüllt werden können. Fetschers Diagnose ist, „daß die unglaubliche Beteuerung der offiziellen Außenpolitik, ihr Ziel sei die Wiedervereinigung Deutschlands, möglichst sogar in den Grenzen von 1937, gerade weil sie mit den Mitteln einer verantwortlichen Politik nicht erreicht werden kann, eine ähnlich radikalisierte Wirkung bei denen haben muß, die die Regierungssprecher beim Wort nehmen“. So wächst die Chance, daß „genuin nationalistische, nicht mehr von demokratischen (und pazifisti-

schen) Skrupeln belastete Parteien“²² vorgeben, sie würden diese Wunschvorstellungen befriedigen.

Dabei muß man den engen Zusammenhang zwischen dem Nationalismus nach außen und den Vorstellungen von der inneren Geschlossenheit der Gesellschaft und der Einheit der Nation sehen. Nationalismus ist nach dem sozialpsychologischen Gesetz, daß äußerer Druck die innere Einheit stärkt, geeignet, die sozialen Divergenzen zu verschleiern, die innere Machtposition der Herrschenden zu festigen und autoritäre Strukturen zu begünstigen. Deshalb ist der Nationalismus wesentlicher Bestandteil aller rechten, gegen die Demokratisierung der Gesellschaft gerichteten Parteien und Ideologien. Andererseits entwickelt vor allem der unter der Klassenspaltung der Gesellschaft am meisten leidende Mittelstand, wenn er sich zwischen den Klassen zerrieben fühlt, von sich aus nationale Wunschvorstellungen, weil er in der Beschwörung der Nation als einheitlichem Ganzen eine Statusgarantie für sich selbst und eine Kompensation der eigenen Machtlosigkeit sieht. Besonders beim Kleinbürgertum gehen daher die romantische Gemeinschaftsvorstellung und der Nationalismus Hand in Hand²³.

2. Neben der nationalen Frustration kann auch der stark ausgeprägte dogmatische Antikommunismus als Aggregat oder zumindest Deckmantel für rechtsradikale Kräfte dienen. Das in der deutschen Geschichte kontinuierlich obrigkeitsstaatliche und von Revolutionsfurcht bestimmte Denken hat im Antikommunismus einen neuen Mantel gefunden, unter dem es sogar mit der Sympathie der demokratischen Kräfte fortleben kann. Der Antikommunismus ist als Anti-Haltung ein typisches Anpassungsverhalten der Gruppen der Gesellschaft, die eine positive Leistung für die demokratische Ordnung nicht erbringen können oder wollen, aber doch nicht als Außenseiter gelten wollen. Weil er während der Ära Adenauer zum offiziellen „Glaubensbekenntnis“ der Bundesrepublik geworden ist, ist er nicht nur ein gefährlicher Unterschlupf für das antidemokratische Denken und eine Legitimation für den Nationalismus (Freund-Feind-Denken), sondern auch die Grundlage dafür, daß grundsätzliche Opposition allein rechts stattfinden kann und dort unter dem Deckmantel des Antikommunismus, der ja als negative Haltung zur rein negativen Kritik der Rechtsradikalen paßt, die Chance der Duldung hat.

3. In den Vorstellungen über die innerstaatliche Gestaltung findet sich ein ganzes Arsenal rechtsradikaler Tendenzen. Impuls für autoritäre Denkstrukturen ist meist die mangelnde Fähigkeit einzelner Bevölkerungsgruppen, sich an die schnelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der modernen Industriegesellschaft anzupassen und Innovationsprozesse mitzuvollziehen. In einer dynamischen Gesellschaft kommt es zu Konflikten zwischen den sozialen Erfordernissen und überkommenen individuellen Bewußtseinsinhalten. Dies führt vor allem im Mittelstand zum Festhalten an überkommenen Positionen und Statusmerkmalen, zur Idealisierung der Ver-

²² Fetscher 26.

²³ Zum Nationalismusproblem Kühnl 122 ff., vor allem auch den Nachweis der einzelnen charakteristischen Elemente des Nationalismus bei der NPD (125 ff.).

gangenheit. Der Mittelstand fühlt sich durch die Nivellierungs- und Demokratisierungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft in seinem sozialen Status gefährdet. Er versteht sich aus seiner Tradition als die tragende Säule, die „gesunde, organische“ Mitte der Gesellschaft und will die Gleichstellung mit den aufgestiegenen Schichten der Angestellten und Arbeiter nicht wahrhaben. Da der Mittelstand aber zu schwach ist, seine Vorstellungen auf dem Wege demokratischer Auseinandersetzung durchzusetzen, konstruiert er das Leitbild eines „Gemeinwohls“, dem sich die Gruppeninteressen unterordnen sollen, und fordert er den starken Staat, der, statisch gedacht, die gefährliche Dynamik der Gesellschaft auffängt oder ihre Auswirkungen mildert²⁴. Das sind mögliche sozialpsychologische Antriebe rechtsradikaler Gesellschafts- und Staatsauffassung.

4. Die Gesellschaft soll nach diesen Vorstellungen eine Gemeinschaft von prästabiliertter Harmonie sein. Konflikte und Interessenkämpfe sollen unterdrückt werden. Das Leben soll in festen Institutionen und Konventionen verlaufen, statt „zersetzender“ intellektueller Kritik soll ein Gemeinschaftsgefühl herrschen. Die „Öffentlichkeit“ ist nicht länger eine „Resultante frei konkurrierender und diskutierender individueller oder kollektiver Meinungsbildner“²⁵, vielmehr vom Staat gelenkt. Nach Mohler ist es „nicht nur Aufgabe der Diktaturen, sondern auch der Demokratien, die Massen in Form zu bringen“, sie zu bestimmten Entscheidungen und Zustimmungen zu bewegen“²⁶. Bei der NPD heißt es dann: „Statt . . . mehr Freiheit liberalistischer Prägung brauchen wir ein ganz neues System von Ordnung“. Die starke politische Führung hat den Interessenpluralismus und die gesellschaftlichen Widersprüche zu beseitigen. Für den Rechtsradikalismus bedeutet „der vielbesungene Typ der pluralistischen Massengesellschaft nichts anderes, als daß das Ferment der Auflösung zum Staatsprinzip erhoben werden soll“²⁷. Dagegen steht als Idealbild die „formierte Gesellschaft“, die Erzfeinde sind die „Linksintellektuellen“, die mit ihrer freien Kritik alles zersetzen und die Ursache aller Revolutionen waren. Die Diffamierung der Intellektuellen ist ein durchgängiger Topos bei denen, die die Integration der Gesellschaft durch die Austragung von Konflikten zerstört sehen.

Freilich hat auch die Polemik gegen die pluralistische Gesellschaft, wie sie von Carl Schmitt, Werner Weber, Ernst Forsthoff, Arnold Gehlen, Armin Mohler u. a. geführt wird, in Deutschland eine lange Tradition. Sie beruht auf der Gegenstellung von pluralistischer Gesellschaft und dem darüber sich wölbenden Staat im 19. Jahrhundert, die in der Gesellschaft das auseinanderstrebende, potentiell anarchische Prinzip der Dynamik sah, das von sich aus nicht die Integration zu einem Staatsganzen leisten konnte, weil die Summe der Einzelinteressen nicht das „Gemeinwohl“ ergibt. Erst im Staat als der höheren sittlichen Einheit konnte die interessenpluralistische Gesellschaft als

²⁴ Vgl. Kühnl 78–83.

²⁵ Fetscher 21.

²⁶ Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten (Stuttgart 1965) 204.

²⁷ Deutsche Nachrichten v. 27. 5. u. 23. 12. 1966.

Nation aufgehoben werden. Es gibt viele typische Beispiele für die Nachwirkung der Gegenstellung von intellektueller Kritik und Gemeinwohl, von pluralistischer Gesellschaft und Staat in der Bundesrepublik. Die Spiegelaffäre wurde häufig nicht als eine Affäre der ihre Kompetenzen überschreitenden staatlichen Macht aufgefaßt, sondern zu einer Affäre der „verantwortungslosen“ linksintellektuellen Kritik gestempelt. Ähnlich geschah es jüngst wieder mit den Studentendemonstrationen in Berlin. Beim innerdeutschen Zeitungsaustausch stand das Staatsschutzinteresse der freien Meinungsbildung der Gesellschaft im Wege. Und die Notstandsgesetze lasen sich zumindest in ihren Anfangsfassungen so, als müsse im Notstandsfall der Staat vor der Anarchie seiner Bürger geschützt werden.

5. Mit der Kritik an der pluralistischen Gesellschaft korrespondiert das Bild des über den Interessen der einzelnen stehenden Staates, der im Einklang mit den wahren Interessen des Volkes, legitimiert durch die Volkswahl der obersten Staatsrepräsentanten, politische Führung verwirklicht. Der Staat steht auf einer höheren Ebene als der des Konkurrenzkampfes der Interessen. „Der Staat ist höher als der Mensch und als die Menge der augenblicklich lebenden Menschen, er hat Souveränität über sie“²⁸. Führung im Staat bedeutet deshalb nicht Formulierung und Durchsetzung von Entscheidungen über den Weg der Information, der Willensbildung und des Konsenses, sondern Durchsetzung des „Gemeinwohls“ mittels der Macht des Staates gegen die individuellen und Gruppeninteressen.

Die Virulenz von Vorstellungen wie „Zucht und Ordnung“, „Stärke des Staates“ in der Bevölkerung offenbart die Umfrage des DIVO-Instituts. 25 % der Bevölkerung identifizieren sich mit dem Satz: „Deutschland würde nicht diese großen Probleme haben, ... wenn es hier mal Zucht und Ordnung gäbe“. 36 % gar befürworten den Satz: „Wir brauchen einen starken Mann an der Spitze, der mit allen Nebensächlichkeiten kurzen Prozeß macht.“ Durch den „plebiszitär entstehenden und autoritär repräsentierten Gemeinwillen“²⁹ wird die Geschlossenheit des Willens und die Schlagkraft des Staates gewährleistet. Der über die Interessenkonflikte und Willensbildungsprozesse der Gesellschaft hinausgehende Staat ist gekennzeichnet durch den formalen Willen zur Aktion, zur Dezision; die Inhalte der zu verwirklichenden Ordnung und der Wert der zu setzenden Ziele spielen dann nur noch eine sekundäre Rolle.

Diesem Staatsbild entspricht der Bürger mit der unpolitischen Mentalitätsstruktur. Seine Wurzeln hat er unzweifelhaft im politischen Bildungsideal des Neuhumanismus, das zwar den einzelnen zur höchsten Entfaltung seiner Persönlichkeit führen soll, das aber ihn der Aufgabe in der Gesellschaft entfremdet, das ihn übersehen läßt, daß, wenn das Bildungsideal nicht elitär wirken soll, die Gesellschaft so beschaffen sein muß, daß sie die möglichst große Bildung der möglichst großen Zahl verwirklicht und Wege des Konfliktausgleichs zwischen den einzelnen institutionalisiert. Der unpolitische Bür-

²⁸ Ernst Anrich, *Mensch – Volk – Staat – Demokratie* (Hannover 1966) 6.

²⁹ Fetscher 23.

ger flüchtet vor dieser Aufgabe in ein unbestimmtes romantisches Gemeinschaftsgefühl. Er will geborgen sein in einer natürlichen Ordnung, dem Vaterland, das ein „patriarchalisch autoritäres Ordnungsprinzip“³⁰ ist. Im politischen Bereich äußert sich die unpolitische Haltung in Zeiten des Wohlstands und der Konjunktur in der Unterstützung des status quo; in Zeiten gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Krisen kommt es dann zu emotionalen Protestreaktionen. Die unpolitische Haltung und die emotionale Gemeinschaftssehnsucht wird unterstützt durch die verbreitete Furcht vor der schwer zu durchschauenden hochindustrialisierten Welt, vor der Dichte und Kompliziertheit der Informationsströme in der Politik. Die zunehmende Rationalität der Politik vermag nicht mehr die Gefühlsbindungen des alten Patriotismus auf den modernen Staat zu übertragen; die Folge ist Flucht in vordemokratische, hierarchische Vorstellungen.

Diese Vorstellungen der innerstaatlichen Ordnung und der zwischenstaatlichen Beziehungen in Teilen der Gesellschaft sind die tieferen Ursachen dafür, daß die NPD Erfolg haben konnte. Für sich genommen läßt sich die NPD gar nicht „bewältigen“. Alle rechtsradikalen Parteibildungen sind Krisenblüten aus dem dauernd vorhandenen Boden rechtsradikaler Vorstellungen in der Gesellschaft. Auf die Dauer könnten die Chancen des organisierten Rechtsradikalismus nur gemindert werden, wenn sein Nährboden in der Gesellschaft durch Gesellschaftskritik bewußt gemacht und ihm durch politische Bildung im Sinn einer Weiterverbreitung demokratischer Verhaltensweisen entzogen werden könnte. Das bedeutet aber, die Idee der dynamischen demokratischen Gesellschaft fördern³¹ und der „autoritären“ Demokratie das Bild der „sozialen“ Demokratie entgegenstellen³².

In demokratischen Gesellschaften wird es immer einen Bodensatz für rechtsradikale Ideen anfälliger Kräfte geben, die in bestimmten politischen Situationen plötzlich ans Licht treten. Das Stimulans für den Nationalismus, bei uns die Wiedervereinigung, ist für die USA gegenwärtig, wenn auch in anderem Sinn, Vietnam. Und der McCarthyismus und die Goldwaterbewegung in den USA trugen mit ihrem nationalen Isolationismus, ihrem Kampf gegen den Sozialstaat, der Furcht vor der Kompliziertheit moderner Politik und Wirtschaft und ihrem dezidierten Antikommunismus ähnliche Züge wie der deutsche Rechtsradikalismus³³. Allerdings war man in den USA, sehr im Gegensatz zur hektischen Reaktion in Deutschland auf die NPD, zu sehr von der Assimilierungskraft der Demokratie überzeugt, um radikale Maßnahmen dagegen zu erwägen. Mehr Gelassenheit stünde auch unserer Demokratie gut an.

³⁰ Helga Grebing, in: Fetscher 64.

³¹ Ebd. 65.

³² Vgl. Gerd Schäfer, in: Fetscher 94.

³³ Vgl. dazu den zweiten Teil von Fetschers Rechtsradikalismus-Band.